

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 29/93

Berlin

22. Juli 1993

60. Jahrgang

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040

Im Frühjahr 1990 hat das DIW Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland vorgelegt¹. In der Zwischenzeit haben sich mit der Vereinigung Deutschlands und den politischen Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern die Rahmenbedingungen erheblich verändert. Dies findet auch in der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland seinen Niederschlag. Die Zuwanderungen in den letzten Jahren haben die Erwartungen bei weitem übertroffen, und auch der drastische Geburtenrückgang in Ostdeutschland war kaum vorhersehbar. Daher war eine Neuberechnung der Bevölkerungsentwicklung notwendig. Den Unsicherheiten über die künftige wirtschaftliche und politische Lage insbesondere in Osteuropa wurde dabei durch zwei Varianten der Wanderungsentwicklung Rechnung getragen.

In beiden Szenarien nimmt die Zahl der Einwohner Deutschlands bis zum Jahr 2010 zu: bei einem merklichen Rückgang der Zuzüge auf rund 84 Mill. (Szenario I) und bei weiterhin relativ hohen Zuwanderungen auf 86 Mill. (Szenario II). Während in Westdeutschland die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2010 auf rund 69 Mill. bzw. reichlich 71 Mill. steigt, sinkt sie in Ostdeutschland auf rund 15 Mill. Für die Zeit danach ist selbst bei verstärkten Zuwanderungen wegen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ein Rückgang der Einwohnerzahl sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu erwarten.

Anfang 1993 lebten in Deutschland schätzungsweise reichlich 81 Mill. Personen, darunter rund 6,8 Mill. Ausländer. Dies bedeutet gegenüber dem Jahresanfang 1989 eine Zunahme um 2,6 Mill. Personen. Der Anstieg der Einwohnerzahl ist auf die verstärkten Zuwanderungen nach Deutschland zurückzuführen. Aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist dagegen ein Verlust von etwa 200 000 Personen zu verzeichnen (Tabelle 1).

Die Bevölkerungsentwicklung war in West- und Ostdeutschland unterschiedlich. Von den Zuwanderungen nach Deutschland waren vorwiegend die westlichen Bundesländer betroffen; die Binnenwanderungen zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern verstärkten diese Entwicklungsunterschiede. Insgesamt hat sich die Einwohnerzahl Ostdeutschlands gegenüber dem Jahresanfang 1989 um rund 1 Mill. verringert und die in Westdeutschland um etwa 3,6 Mill. zugenommen.

Außenwanderungen

Von 1989 bis 1992 sind nach Deutschland rund 1,4 Mill. Deutsche zugezogen und schätzungsweise 0,4 Mill. fortgezogen (Tabelle 2). Die Zuzüge der Ausländer betragen in diesem Zeitraum rund 3,3 Mill., doch waren die Fortzüge mit etwa 1,8 Mill. ebenfalls beachtlich.

Die größte Gruppe unter den zugewanderten Deutschen sind die deutschstämmigen Personen aus Ost- und Mitteleuropa. Nachdem um die Mitte der achtziger Jahre jährlich rund 40 000 Aussiedler im Bundesgebiet aufgenommen worden waren, stieg die Zahl der Zuzüge angesichts der

¹ Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90, S. 93 ff., sowie Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Bearb.: Erika Schulz und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23-24/90, S. 315 ff.

Tabelle 1

Entwicklung der Einwohnerzahlen
1970 bis 1993

	Bevölkerung am Jahresanfang			Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung			Wanderungssaldo		
	BRD ¹⁾	DDR	Insges.	BRD	DDR	Insges.	BRD ¹⁾	DDR	Insges.
	in Mill.			in 1000			in 1000		
1970	60,4	17,1	77,4	76	-4	72	570	-3	567
1971	61,0	17,1	78,1	63	0	63	435	-14	421
1972	61,5	17,1	78,5	-30	-34	-64	332	-9	323
1973	61,8	17,0	78,8	-97	-52	-149	384	-8	376
1974	62,1	17,0	79,0	-101	-50	-151	-18	-10	-28
1975	62,0	16,9	78,9	-144	-58	-202	-212	-13	-225
1976	61,6	16,8	78,4	-131	-38	-169	-78	-15	-93
1977	61,4	16,8	78,2	-120	-3	-123	27	-6	21
1978	61,3	16,8	78,1	-143	0	-143	110	-7	103
1979	61,3	16,8	78,0	-126	2	-124	244	-13	231
1980	61,4	16,7	78,1	-91	7	-84	307	-7	300
1981	61,6	16,7	78,3	-95	6	-89	148	-14	134
1982	61,7	16,7 ²⁾	78,4	-89	12	-77	-80	-12	-92
1983	61,5	16,7	78,2	-119	11	-108	-129	-8	-137
1984	61,2	16,7	78,0	-104	7	-97	-161	-45	-206
1985	61,0	16,7	77,7	-110	3	-107	79	-19	60
1986	60,9	16,7	77,6	-66	-2	-68	184	-13	171
1987	61,1	16,6	77,7	-45	12	-33	216	9	225
1988	61,2	16,7	77,9	-10	3	-7	487 ³⁾	-3	484
1989	61,7	16,7	78,4	-16	-7	-23	980 ³⁾	-344 ⁴⁾	636
1990	62,7	16,3	79,0	14	-26	-12	1080 [*]	-350 [*]	730
1991	63,8	15,9	79,8	13	-95	-82	579 ⁵⁾	22 ⁵⁾	601
1992	64,5	15,8	80,3	25	-100	-75	532 ⁶⁾	60 ⁶⁾	792 ⁷⁾
1993	.	.	81,0 [*]

*) Geschätzt. — 1) Für 1971 bis 1986 revidierte Ergebnisse aufgrund der Volkszählungsergebnisse 1987. — 2) Ergebnisse der Volkszählung. — 3) Einschließlich Wanderungen ungeklärter Herkunft bzw. ohne Angabe der Herkunft. — 4) Zahlen des Bundesausgleichsamtes. — 5) Ohne Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Saldo dieser Wanderungen betrug 1991 für Ostdeutschland - 167 000. — 6) I. bis III. Quartal; ohne Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland. — 7) I. bis III. Quartal und Zuzüge von Aussiedlern und Asylbewerbern im IV. Quartal.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Jahrbuch der DDR; Berechnungen des DIW.

politischen Veränderungen in Polen, aber auch in der Sowjetunion bereits 1988 auf 0,2 Mill.². 1990 erreichten die Einwanderungen mit knapp 0,4 Mill. ihren höchsten Wert (Tabelle 3). Danach ist aufgrund des veränderten Antragsverfahrens — seit Juli 1990 müssen Aussiedler von ihren Herkunftsländern aus Anträge auf Anerkennung als deutsche Volkszugehörige und auf Einreise stellen — die Zahl der jährlichen Zuzüge auf reichlich 200 000 zurückgegangen. Die Zahl der einreisewilligen Aussiedler dürfte sich jedoch nicht im gleichen Maße verringert haben, da es weit mehr Anträge für die Erteilung von Aufnahmebescheiden gibt als tatsächlich eingereiste Aussiedler.

Während 1989 noch vornehmlich Aussiedler aus Polen zuwanderten, sind es seit 1990 deutschstämmige Personen aus der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten. An den Zuwanderungen im Jahre 1992 hatten sie einen Anteil von 85 vH, und an den Zuzügen in den Jahren 1989 bis 1992 (1,2 Mill.) waren sie zu 50 vH beteiligt.

Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen insbesondere in den osteuropäischen Ländern hat sich nicht nur das Wanderungsvolumen erhöht; verändert hat sich auch die Nationalitätenstruktur. So ist der Anteil der Migranten aus den osteuropäischen Staaten deutlich gestiegen. Bei der Zunahme der Einwanderungen von Ausländern nach Deutschland handelte es sich zum großen Teil um Asylbewerber. Von 1989 bis 1992 haben gut 1 Mill. Personen in Deutschland Asyl beantragt, im letzten Jahr allein 438 000 (Tabelle 4). Die meisten Asylbewerber kamen aus den ost- und südosteuropäischen Ländern, vornehmlich aus dem ehemaligen Jugoslawien (239 000), aus Rumänien (183 000) und der Türkei (94 000). Die Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien sind zum größten Teil Flüchtlinge, aus Rumänien kommen vornehmlich Sinti und Roma, aus der Türkei Kurden.

² Vgl. auch Erika Schulz: Die Wanderungen ins Bundesgebiet seit 1984, DIW-Diskussionspapier Nr. 28.

Tabelle 2

Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
in 1000 Personen

	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Deutsche			
1989	407,6	106,7	300,9
1990	460,5	109,0	351,6
1991	262,4	84,8	177,7
1992	202,2 ²⁾	68,6 ²⁾	133,6 ²⁾
1992	81,4 ³⁾	.	81,4 ³⁾
1989-1992	1414,1	369,0	1045,1
Ausländer			
1989	770,8	438,3	332,5
1990	842,4	466,0	376,3
1991	920,5	497,5	423,0
1992	904,0 ²⁾	445,8 ²⁾	458,2 ²⁾
1992	119,0 ⁴⁾	.	119,0 ⁴⁾
1989-1992	3335,1	1847,6	1709,0
Insgesamt			
1989	1178,3	545,0	633,4
1990	1302,9	575,0	727,9
1991	1182,9	582,2	600,7
1992	1106,1 ²⁾	514,4 ²⁾	591,8 ²⁾
1992	200,4 ⁵⁾	.	200,4 ⁵⁾
1989-1992	4970,7	2216,6	2754,1

1) In den Grenzen vom 3.10.1990. — 2) I. bis III. Quartal Gesamtwanderungen. — 3) IV. Quartal nur Zuzüge von Ausiedlern. — 4) IV. Quartal nur Zuzüge von Asylbewerbern. — 5) IV. Quartal nur Zuzüge von Ausiedlern und Asylbewerbern.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern war in den letzten Jahren sehr klein. Sie betrug, bezogen auf die Zahl der Entscheidungen (Erstanträge), 1992 etwa 4 vH (in den Vorjahren 5 bis 6 vH). Dennoch führte die Ablehnung eines Asylantrages häufig nicht zur Ausweisung aus Deutschland. Vom Bundesministerium des Innern wurde geschätzt, daß Ende 1992 rund 1,6 Mill. Flüchtlinge in Deutschland lebten. Davon waren 0,1 Mill. Asylberechtigte, 0,13 Mill. Angehörige von Asylberechtigten, 83 000 Kontingentflüchtlinge (Ausländer, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen wurden), 0,69 Mill. de-facto-Flüchtlinge (abgelehnte Asylbewerber oder Ausländer, die keinen Asylantrag gestellt haben, die aber aus humanitären, politischen oder rechtlichen Gründen nicht in ihre Heimat abgeschoben wurden) und 0,58 Mill. Asylbewerber. In der Zwischenzeit dürfte die Zahl der Flüchtlinge (im weiteren Sinne) weiter gestiegen sein. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1993 haben 224 000 Personen Asyl beantragt.

Die künftige Entwicklung der Außenwanderungen ist deshalb besonders schwer vorzuschätzen, weil sich die Bestimmungsgründe für die Migrationsströme nach

den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Staaten Ost- und Südosteuropas kaum noch mit denen in den siebziger und achtziger Jahren (bis 1987) vergleichen lassen. Einmal hält der Zuzug deutschstämmiger Personen auf hohem Niveau an (im ersten Halbjahr 1993 zogen rund 90 000 Aussiedler zu), zum anderen hat Deutschland nun auch zu den östlichen Nachbarländern eine „grüne Grenze“ und sieht sich zuvor nicht gekannten Migrationsströmen aus diesen Ländern gegenüber.

Während die konjunkturelle Lage im Bundesgebiet für die grenzüberschreitenden Wanderungen der Deutschen auch in der Vergangenheit kaum eine Rolle spielte, waren für die Wanderungen der Ausländer in den siebziger und achtziger Jahren konjunkturelle Einflüsse sicherlich von Bedeutung, allerdings auch die gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik (Anwerbestopp, Rückkehrförderungsgesetz) (vgl. Schaubild 1). Seit Ende der achtziger Jahre scheinen sich jedoch auch die Wanderungen der Ausländer von der konjunkturellen Entwicklung abzukoppeln.

Die Entscheidung, aus der Heimat in ein fremdes Land zu wandern, hängt von vielfältigen Einflüssen ab. Diese werden üblicherweise zu push-Faktoren (abstoßende Einflüsse) und pull-Faktoren (anziehende Einflüsse) zusammengefaßt. In den sechziger Jahren wurden Ausländer mit dem Hinweis auf die guten Verdienstmöglichkeiten in Deutschland, der Aussicht auf einen Arbeitsplatz und somit der Wohlstandsmehrung der Familie — auch bei einem begrenzten Aufenthalt in Deutschland — angeworben. Den anziehenden Faktoren (pull-Faktoren) kam somit bei der Wanderungsentscheidung eine wesentliche Rolle zu. Der Anstieg der Zuwanderungen nach Deutschland in den letzten Jahren — insbesondere die erhöhte Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber — deutet jedoch darauf hin, daß heute dem Problemdruck in den Heimatländern eine größere Bedeutung für eine Wanderungsentscheidung zukommt als der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland.

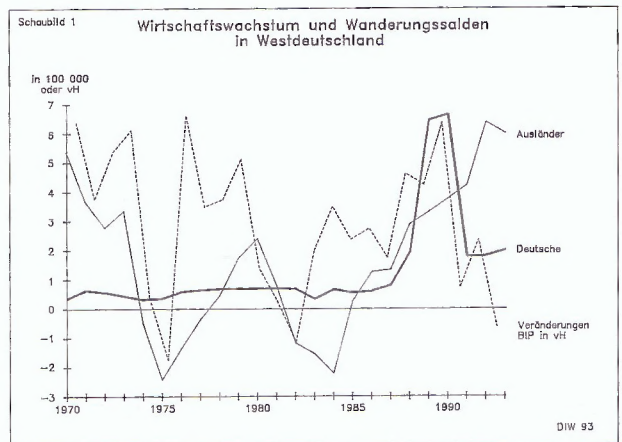


Tabelle 3

Zahl der Zuzüge von Aussiedlern nach Herkunftsländern¹⁾

	Polen ²⁾	Rumänien	Sowjetunion ³⁾	Übrige	Aussiedler insgesamt
1984	17 455	16 553	913	1 538	36 459
1985	22 075	14 924	460	1 509	38 968
1986	27 188	13 130	753	1 717	42 788
1987	48 419	13 990	14 488	1 626	78 523
1988	140 226	12 902	47 572	1 973	202 673
1989	250 340	23 387	98 134	5 194	377 055
1990	133 872	111 150	147 950	4 101	397 073
1991	40 129	32 178	147 320	2 368	221 995
1992	17 742	16 146	195 576	1 101	230 565
1989-1992	442 083	182 861	588 980	12 764	1 226 688

1) Nach dem Registrierverfahren. — 2) Einschließlich der Ostgebiete des Deutschen Reiches. — 3) Oder Nachfolgestaaten.
Quellen: Bundesministerium des Innern; Bundesverwaltungsamt; Statistik des Bundesausgleichsamtes.

Wer heute nach Deutschland einwandert, hat zumeist keine Aussicht auf eine bestimmte Beschäftigung. Dennoch finden Zuwanderungen aufgrund der Erwartung statt, daß es in einem politisch stabilen und relativ reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer bessere Lebensbedingungen geben wird als in der Heimat. Angesichts der Unsicherheit über die künftige persönliche Lage (und eventuell die der Familie) in Deutschland muß jedoch der Problemdruck in den Heimatländern sehr groß sein, bevor eine Entscheidung zur Wanderung fällt. Die zunehmende Einwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern deutet darauf hin, daß sich die politische und/oder wirtschaftliche Situation in den Heimatländern verschlechtert hat, somit die push-Faktoren für die Wanderungen in den letzten Jahren an Einfluß gewonnen haben. Hinzu kommt, daß durch den Abbau der Wanderungshemmnisse zwischen Ost- und Westeuropa ein Teil der Migrationsströme auch erst ermöglicht wurde.

Der Einwanderungsdruck auf Deutschland wird in den nächsten Jahren anhalten. Er wird umso größer sein, je schlechter die wirtschaftliche und politische Lage in den jeweiligen Heimatländern ist. Inwieweit dieser Druck zu Einwanderungen nach Deutschland führt, hängt außerdem von den wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Bundesgebiet ab.

Angesichts der großen Unsicherheiten ist hier versucht worden, in Szenarien die mögliche Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung abgestimmt vorzuschätzen³⁾. Die Wanderungen nach Deutschland wurden einmal unter ungünstigen, zum anderen unter günstigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Osteuropa und Deutschland abgeleitet. In beiden Szenarien schwächen sich die Zuwanderungen nach Deutschland ab, im Szenario I bei einer günstigen Entwicklung stärker als im Szenario II unter ungünstigen Rahmenbedingungen. In

beiden Szenarien wird eine relativ restriktive Zuwanderungspolitik in Deutschland unterstellt. Für die einzelnen Zuwanderergruppen werden die folgenden Annahmen getroffen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuzüge von Aussiedlern nach Artikel 116 des Grundgesetzes ändern sich nicht. Für die Wanderungen der Aussiedler sind nicht nur die politische Lage und das Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik Deutschland ausschlaggebend, so daß sich ein Teil der Wanderungen unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung vollziehen wird.

Über die Zahl der Deutschen im Ausland, die in die Bundesrepublik einwandern wollen, gibt es keine genauen Angaben. Sie wird gegenwärtig auf mindestens 2,5 Mill. geschätzt, wobei mit rund 2 Mill. die größte Gruppe in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion lebt (Rußlanddeutsche). Hier wird unterstellt, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Personen ins Bundesgebiet einwandern will, daß sich die Zuwanderungen im Laufe der Zeit jedoch abschwächen. Bei günstigen Perspektiven in den Herkunftsländern werden sich mehr Personen zum Bleiben entschließen als unter ungünstigen. Insgesamt wird für die Jahre 1993 bis 2000 mit einem Zuzug von etwa 1 Mill. (Szenario I) bzw. 1,3 Mill. (Szenario II) und für den anschließenden Zeitraum bis 2010 mit 0,5 Mill. (Szenario I) bis 0,8 Mill. (Szenario II) Netto-Zuzügen gerechnet. Bei einem auch in Zukunft leicht negativen Wanderungssaldo der übrigen Deutschen ergeben sich die in der Tabelle 5 ausgewiesenen Wanderungen deutscher Personen.

³⁾ Vgl. Martin Gornig: Szenarien der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000, DIW-Diskussionspapier Nr. 46. Die Bevölkerungsentwicklung wird somit nicht als exogene Größe betrachtet, die Wanderungen werden in Abhängigkeit vom Wohlstandsgefälle zu Deutschland sowie den unterstellten politischen Rahmenbedingungen in den Heimatländern abgeleitet.

Tabelle 4

Zahl der Asylbewerber nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

	1989	1990	1991	1992	1989-1992
Europa	73 387	101 631	166 662	310 529	652 209
darunter:					
Jugoslawien	19 423	22 114	74 854	122 666	239 057
Polen	26 092	9 155	3 448	4 212	42 907
Rumänien	3 121	35 345	40 504	103 787	182 757
Tschechoslowakei	2 388	781	1 546	2 682	7 397
Türkei	20 020	22 082	23 877	28 327	94 306
Ungarn	1 583	439	396	1 028	3 446
Afrika	12 479	24 210	36 094	67 408	140 191
darunter:					
Äthiopien	1 077	2 068	3 096	1 592	7 833
Ghana	3 178	3 786	4 541	6 994	18 499
Amerika u. Australien	320	402	293	356	1 371
Asien	32 718	60 900	50 612	56 480	200 710
darunter:					
Afghanistan	3 650	7 348	7 337	6 351	24 686
Indien	3 137	5 612	5 523	5 798	20 070
Pakistan	2 673	3 983	4 364	5 215	16 235
Sri Lanka	7 758	4 361	5 623	5 303	23 045
Iran	5 768	7 271	8 643	3 839	25 521
Libanon	6 240	16 229	4 887	5 622	32 978
Staatenlose u.a.	2 414	5 920	2 451	3 418	14 203
Insgesamt	121 318	193 063	256 112	438 191	1 008 684
Nachrichtlich:					
Asylberechtigte	5 991	6 518	11 597	9 189	33 295

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf.

Wichtiger als für die grenzüberschreitenden Wanderungen der Deutschen werden künftig das Wohlstandsgelände, die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zu- und Fortzüge der Ausländer sein. Aus der Vervollständigung des EG-Binnenmarktes sind angesichts der bereits zuvor bestehenden Freizügigkeit keine größeren Wanderungsimpulse für Angehörige der EG-Staaten zu erwarten. Ähnliches gilt für die Zuzüge aus Drittländern über EG-Länder in die Bundesrepublik, zumal einige EG-Länder bereits eine restriktive Einwanderungspolitik verfolgen. Diese Wanderungen dürften für Deutschland nicht die gleiche Bedeutung erlangen wie die direkten Zuzüge aus Nicht-EG-Ländern.

Am 1. Juli 1993 ist das neue Asylrecht in Kraft getreten. Danach können Asylbewerber an der Grenze abgewiesen werden, die aus Staaten der EG oder aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreisen wollen. Außerdem wurden die Asylverfahren verkürzt und die Leistungen an Asylbewerber eingeschränkt. Es wird somit erwartet, daß sich die Asylbewerberzahlen künftig deutlich verringern. Inwieweit sich dies allerdings auf die Zahl illegaler Zuzüge auswirkt, ist zur Zeit nicht abschätzbar⁴.

Auch unter den ungünstigen Rahmenbedingungen des Szenarios II wird mit einem merklichen Rückgang der Asylbewerberzahlen und einer verstärkten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber gerechnet: Bis 1995 wird sich die Asylbewerberzahl halbiert haben und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf das Niveau von 1989 zurückgegangen sein. Für die Jahre 2001 bis 2010 werden nur noch Zuzüge von 60 000 Asylbewerbern pro Jahr unterstellt, von denen ein Zehntel Deutschland wieder verläßt.

Langfristig ist der Rückgang der Asylbewerberzahlen im Szenario I noch größer. Das neue Asylrecht wird bereits 1993 zu vermehrten Zwangsausweisungen aus Deutschland führen, ein Zuzug nur noch im geringen Maße stattfinden. Damit wird der Wanderungssaldo der Asylbewerber bereits 1993 mit 250 000 Personen deutlich unter dem 1992er Wert liegen. Von 1994 an wird damit gerechnet, daß im Prinzip nur noch diejenigen Asylbewerber nach Deutschland kommen, deren Anträge Aussicht auf

⁴ Im Jahr 1992 wurden 73 000 illegale Grenzübertritte registriert, dies waren doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die „Dunkelziffer“ dürfte noch weit höher sein.

Tabelle 5

Außenwanderungssalden in Deutschland

	Deutsche	Szenario I Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Szenario II Ausländer	Insgesamt
in 1000 Personen pro Jahr						
1993	150	400	550	160	550	710
1994	130	250	380	150	400	550
1995	120	250	370	140	350	490
1996-2000	80	200	280	130	300	430
2001-2010	40	150	190	60	200	260
kumulierter Wanderungssaldo						
1993-2010	1 200	3 400	4 600	1 700	4 800	6 500
davon:						
westliche Bundesländer	900	3 010	3 910	1 290	4 260	5 550
östliche Bundesländer	300	390	420	410	540	950
<i>Quelle: Vorausschätzung des DIW.</i>						

Erfolg haben. Insbesondere die Asylbewerberzahlen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Bürgerkriegsflüchtlinge sollen in der Regel nicht mehr in das Asylverfahren gelangen), aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei werden zurückgehen. Bei den Asylbewerbern aus den außereuropäischen Ländern dürfte hingegen nur eine leichte Verringerung stattfinden. Der Wanderungssaldo wird unter diesen Annahmen in den Jahren 1994 und 1995 100 000 betragen und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf 80 000 zurückgehen. Diese Zahl ist aber noch immer etwas größer als im Durchschnitt der achtziger Jahre. Für den anschließenden Zehnjahreszeitraum wird mit jährlich 50 000 Asylbewerbern gerechnet.

Die grenzüberschreitenden Wanderungen der übrigen Ausländer, die aufgrund der Freizügigkeit innerhalb der EG oder im Rahmen einer Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, werden hoch bleiben. Im Szenario I wird mit einem Wanderungssaldo von 150 000 bis 1995 und 120 000 in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gerechnet. In den Jahren 2001 bis 2010 vermindert sich der Wanderungssaldo auf 100 000. Im Szenario II werden unverändert hohe Zuwanderungen unterstellt, die Fortzüge dürften jedoch angesichts der vergleichsweise schlechteren Lage in den Heimatländern geringer ausfallen als in dem anderen Szenario. Für die Jahre bis 1995 werden jährlich 0,65 Mill. Zu- und 0,45 Mill. Fortzüge angenommen, dies entspricht etwa den Wanderungsströmen in den vergangenen drei Jahren. Danach wird eine leichte Abschwächung der Bruttoströme unterstellt, der Wanderungssaldo dürfte sich jedoch kaum verringern. Für die Zeit nach der Jahrtausendwende wird auch in diesem Szenario mit geringeren Wanderungssalden gerechnet, bis 2010 in Höhe

von 150 000. Die Annahmen bezüglich der grenzüberschreitenden Migration der Ausländer führen insgesamt zu den in der Tabelle 5 ausgewiesenen Wanderungssalden.

Von den Wanderungen nach Deutschland werden die westlichen und die östlichen Bundesländer unterschiedlich betroffen sein. Für die Erstaufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern sind für die einzelnen Bundesländer entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil Aufnahmequoten festgelegt worden. Es wird unterstellt, daß diese auch künftig gelten. Die Sekundärwanderungen — insbesondere der Aussiedler — unterliegen keiner speziellen Regelung. Hier ist vornehmlich mit arbeitsmarktbedingten Wanderungen zu rechnen. Im Ergebnis werden in Ostdeutschland deshalb weniger Aussiedler leben, als es den Aufnahmequoten entsprechen würde.

Die Zuwanderungen von Ausländern (ausgenommen Asylbewerber) werden sich weiterhin vorwiegend auf die westlichen Bundesländer konzentrieren. Bevorzugt werden die vom Arbeitsplatzspektrum her attraktiven Regionen, aber auch die Gebiete, in denen Verwandte, Freunde oder Bekannte leben. Damit bestimmen die bereits bestehende regionale Verteilung der Ausländer und die Unterschiede auf den Arbeitsmärkten auch wesentlich die künftige Verteilung der Zuzüge auf West- und Ostdeutschland⁵.

⁵ Vgl. auch Erika Schulz: Auswirkungen verstärkter Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. Heft 1 der Reihe Demographie aktuell der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland

Nach der Öffnung der innerdeutschen Grenzen setzten starke Abwanderungen aus Ostdeutschland nach Westdeutschland ein. In den Jahren 1989 bis zum 1. Quartal 1992 haben schätzungsweise 1 Mill. Personen Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen, gleichzeitig sind 140 000 Personen aus Westdeutschland in die neuen Bundesländer gezogen (Tabelle 6).

Tabelle 6

Ost-West-Wanderungen¹⁾

	Zuzüge nach Westdeutschland	Fortzüge aus Westdeutschland	Saldo
1989	343 854		343 854
1990	388 700	35 600	353 100
1991	243 600	75 700	167 900
1992 ²⁾	51 070	29 675	21 395
1989-1992	1 027 224	140 975	886 249

1) Wanderungen zwischen den alten und neuen Bundesländern. — 2) I. Quartal 1992.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ursprünglich vielfach politisch motiviert, rückten angesichts des Abbaus der Arbeitsplätze und der drastischen Verschlechterung der Lage auf den ostdeutschen Arbeitsmärkten die arbeitsmarktbedingten Wanderungen in den Vordergrund. 1991 schwächte sich der Abwanderungstrend zwar ab, dafür stieg jedoch die Zahl der Pendler auf 450 000 an.

In den kommenden Jahren werden die Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland ebenfalls höher sein als in umgekehrter Richtung (Tabelle 7). Dies gilt insbesondere dann, wenn die deutlichen Unterschiede auf den Arbeitsmärkten noch für eine längere Zeit bestehen bleiben. Allerdings ist selbst bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung wie im Szenario II mit einem Rückgang der Abwanderungen aus Ostdeutschland zu rechnen. Ein Grund hierfür ist, daß nicht alle Personengruppen die gleiche regionale Mobilitätsbereitschaft besitzen und daher mit der

Tabelle 7

Saldo der Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland in 1000 Personen pro Jahr

	Szenario I	Szenario II
1993	80	130
1994	60	110
1995	40	80
1996-2000	20	60
2001-2010	10	30

Quelle: Vorausschätzung des DIW.

Zeit das Potential relativ mobiler Erwerbspersonen immer stärker zurückgeht. Hinzu kommt, daß bei einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland die Zahl der Personen zunehmen wird, die von Westdeutschland in die östlichen Bundesländer (zurück)ziehen.

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung war in Westdeutschland in den letzten Jahren relativ stabil. Die in der letzten Veröffentlichung des DIW zur Bevölkerungsentwicklung getroffenen Annahmen konnten daher unverändert übernommen werden:

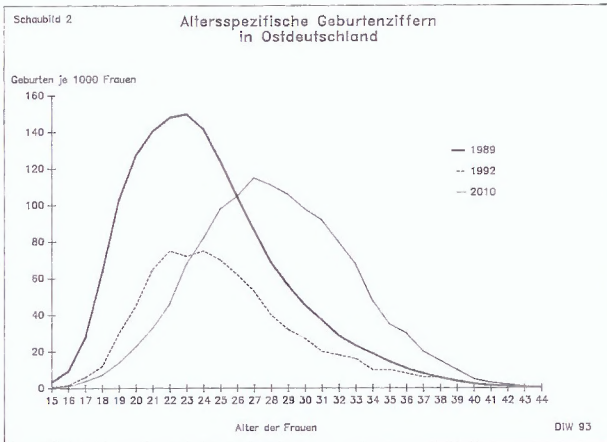
- Die Lebenserwartung wird weiterhin steigen, aber mit geringeren Raten als in der Vergangenheit. Im Jahr 2010 wird die Lebenserwartung im Durchschnitt um 3 Jahre höher sein als heute⁶.
- Von 1 000 deutschen Frauen werden im Laufe des Lebens 1 315 Kinder geboren werden (zusammengefaßte Geburtenziffer der Geburtsjahrgangskohorte 1973). Die Geburtenhäufigkeit ausländischer Frauen wird zwar höher sein, sich aber weiterhin verringern. Es wird bis zum Jahr 2000 mit einem Rückgang auf 1 600 Kinder je 1 000 ausländischer Frauen gerechnet. Für die Zeit danach ist die Geburtenziffer konstant gehalten worden⁷.

In Ostdeutschland haben sich die Verhältnisse dagegen wesentlich verändert: Mit der Veränderung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland setzte ein drastischer Geburtenrückgang ein. Obwohl bereits 1989 die Geburtenziffer mit 1 560 geringer war als in den Jahren zuvor (1988: 1 670, 1987: 1 740) und ein Trend zur Verringerung der Geburten bereits erkennbar war, überraschte die anschließend einsetzende dramatische Veränderung des Geburtenverhaltens. Dazu beigetragen haben sicherlich die steigende Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit über die künftige persönliche bzw. familiale Lage. 1991 betrug die zusammengefaßte Geburtenziffer nur noch 977, im Jahr 1992 wird sie schätzungsweise auf 770 gesunken sein, und der Trend scheint auch 1993 anzuhalten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden gut 20 000 Kinder geboren, rund 9 vH weniger als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor.

Besonders drastisch ist der Rückgang der Zahl der von den Frauen in den jungen Altersjahren geborenen Kinder (vgl. Schaubild 2). Hier hat sehr rasch eine Angleichung an das Verhaltensmuster westdeutscher Frauen stattgefunden. Es wurden aber auch weniger Zweit- und Drittkinder geboren.

⁶ Vgl. hierzu die Ausführungen in: Zur langfristigen Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/88, S. 397 ff.

⁷ Vgl. hierzu ausführlich: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 96 ff.



Dieser drastische Geburtenrückgang ist zwar wesentlich durch Sondereffekte der Umbruchsituation beeinflusst worden, doch dürften in Zukunft nicht mehr die — auch im internationalen Vergleich — sehr hohen Geburtenraten wie in der Vergangenheit erreicht werden. Insbesondere bei den jüngeren Frauen ist eine deutliche Verhaltensänderung erkennbar. Eine Rückkehr zu alten Verhaltensweisen erscheint angesichts der völlig anderen Rahmenbedingungen als ziemlich unwahrscheinlich. Das bedeutet, daß künftig von jungen Frauen wesentlich weniger Kinder als in der Vergangenheit geboren werden. Ein Teil dieser Geburten wird jedoch in einem späteren Lebensalter nachgeholt werden. Damit wird die zusammengefaßte Geburtenziffer wieder etwas steigen. Es wird unterstellt, daß sich das Geburtenverhalten deutscher Frauen im Laufe der Zeit in West- und Ostdeutschland angleicht. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1985 der Mütter wird mit einer zusammengefaßten Geburtenziffer von etwa 1 300 gerechnet⁸. In der periodenspezifischen Betrachtung bedeutet dies jedoch, daß in den nächsten Jahren die Geburtenziffern noch deutlich unter denjenigen in den westlichen Bundesländern liegen werden.

Bei der Sterblichkeitsentwicklung in Ostdeutschland wird eine allmähliche Angleichung an die westdeutsche Entwicklung erwartet. Damit erhöht sich die Lebenserwartung langfristig rascher als in Westdeutschland. Im Jahr 2010 wird die Lebenserwartung nur noch geringfügig unter derjenigen in Westdeutschland liegen⁹.

Ergebnisse der Vorausschätzung bis 2010

Die Einwohnerzahl in Deutschland wird unter diesen Annahmen bis zum Jahr 2010 bei moderaten Zuwanderungen auf 83,7 Mill. (Szenario I) und bei höheren Zuzügen auf 85,9 Mill. (Szenario II) steigen. Dabei verläuft die Entwicklung in den westlichen und östlichen Bundesländern entgegengesetzt. Im Szenario I werden in Westdeutschland 68,8 Mill., in Ostdeutschland 15 Mill. Personen leben. Im Szenario II fallen die Entwicklungsunterschiede angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedin-

gungen noch deutlicher aus: Einer Einwohnerzahl von 71,5 Mill. in Westdeutschland steht eine Bevölkerungszahl von 14,6 Mill. in Ostdeutschland gegenüber (Tabelle 8).

Im Vergleich zur Einwohnerzahl am Jahresende 1991 kommt es in Westdeutschland zu einer Zunahme um 4,3 Mill. (Szenario I) bzw. 6,8 Mill. (Szenario II) und in Ostdeutschland zu einer Abnahme um 0,8 Mill. (Szenario I) bzw. 1,2 Mill. Personen (Szenario II). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungszahl in Deutschland bereits 1992 und in der ersten Hälfte 1993 wanderungsbedingt schätzungsweise um rund 1 Mill. zugenommen hat.

Angesichts der regional unterschiedlichen Wanderungen sowie der Veränderungen in Geburtenverhalten und Sterblichkeit wird sich nicht nur die Entwicklung der Einwohnerzahl in West- und Ostdeutschland unterscheiden, es ist auch mit Verschiebungen in der Altersstruktur zu rechnen. Diese Struktureffekte werden hier exemplarisch für das Szenario I beschrieben.

In Ostdeutschland wirkt sich das veränderte Geburtenverhalten insbesondere in der Gruppe der unter 20jährigen aus. So wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen dieser Altersgruppe im Jahre 2010 um 1,5 Mill. geringer sein als 1991. Dies entspricht einem Rückgang von fast 40 vH. Insbesondere die Schülerzahlen werden sich verringern: im Primärbereich (6- bis unter 10jährige) um 0,4 Mill. und im Sekundärbereich I (10- bis unter 16jährige) um 0,6 Mill. Damit ist insbesondere für die ländlichen, relativ dünn besiedelten Gebiete in Ostdeutschland in einigen Bereichen eine Verschlechterung der infrastrukturellen Ausstattung zu befürchten (beispielsweise Zusammenlegung von Schulen wegen zu geringer Schülerzahlen).

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, hier als 20- bis unter 60jährige abgegrenzt, wird nach einem deutlichen Rückgang bis zur Jahrtausendwende im Jahr 2010 lediglich um 100 000 unter dem 1991er Wert liegen. Die sich stark abschwächenden Wanderungen aus Ost- nach Westdeutschland und die Zuzüge aus dem Ausland in die östlichen Bundesländer tragen zu dieser Entwicklung bei. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung Ostdeutschlands beträgt in diesem Szenario gut 5 vH (ohne Einbürgerungen). Die meisten von ihnen werden im erwerbsfähigen Alter sein.

Die Zahl der 60 Jahre alten und älteren Personen wird bis zum Jahr 2010 in Ostdeutschland um 0,8 Mill. zunehmen (Tabelle 9). Da hauptsächlich Jüngere von Ost- nach Westdeutschland abwandern, wird trotz der ursprünglich relativ jungen Altersstruktur in Ostdeutschland eine rasche Alterung der Bevölkerung einsetzen. Der Anteil der 60 Jahre alten und älteren Personen lag 1991 mit etwa 19 vH deut-

⁸ Vgl. Erika Schulz: Zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit im geeinten Deutschland: vom propagierten Leitbild zum Pluralismus. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10, 1992, S. 669 ff.

⁹ Vgl. hierzu ausführlicher: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR, a.a.O., S. 316.

Tabelle 8

Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberéchnung für die Bundesrepublik Deutschland
Mill. Personen

Jahresende		Szenario I			Szenario II		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Ostdeutschland							
Deutsche	1991	7,5	8,1	15,7	7,5	8,1	15,7
	2000	7,1	7,6	14,7	6,9	7,4	14,3
	2005	7,0	7,4	14,4	6,8	7,2	13,9
	2010	6,9	7,3	14,2	6,6	7,0	13,6
Ausländer ¹⁾	1991	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1
	2000	0,3	0,2	0,5	0,4	0,3	0,6
	2005	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,8
	2010	0,4	0,3	0,8	0,5	0,4	0,9
Insgesamt	1991	7,6	8,2	15,8	7,6	8,2	15,8
	2000	7,4	7,8	15,2	7,3	7,7	14,9
	2005	7,4	7,7	15,0	7,2	7,5	14,7
	2010	7,3	7,6	15,0	7,2	7,4	14,6
Westdeutschland							
Deutsche	1991	28,0	30,5	58,6	28,0	30,5	58,6
	2000	28,7	30,4	59,1	29,0	30,8	59,8
	2005	28,4	29,9	58,3	28,9	30,3	59,2
	2010	27,9	29,3	57,2	28,5	29,8	58,3
Ausländer ¹⁾	1991	3,3	2,7	5,9	3,3	2,7	5,9
	2000	4,9	4,2	9,2	5,4	4,6	10,0
	2005	5,5	4,8	10,4	6,2	5,4	11,5
	2010	6,1	5,5	11,6	6,9	6,1	13,0
Insgesamt	1991	31,3	33,2	64,5	31,3	33,2	64,5
	2000	33,6	34,7	68,3	34,4	35,4	69,8
	2005	34,0	34,7	68,7	35,0	35,7	70,7
	2010	34,1	34,7	68,8	35,4	35,9	71,3
Insgesamt							
Deutsche	1991	35,5	38,7	74,2	35,5	38,7	74,2
	2000	35,8	38,0	73,8	35,9	38,2	74,1
	2005	35,4	37,3	72,7	35,6	37,5	73,1
	2010	34,8	36,5	71,4	35,1	36,8	71,9
Ausländer ¹⁾	1991	3,4	2,7	6,1	3,4	2,7	6,1
	2000	5,2	4,4	9,7	5,8	4,9	10,7
	2005	5,9	5,1	11,0	6,6	5,7	12,3
	2010	6,6	5,8	12,3	7,4	6,5	14,0
Insgesamt	1991	38,8	41,4	80,3	38,8	41,4	80,3
	2000	41,0	42,4	83,4	41,7	43,1	84,8
	2005	41,3	42,4	83,7	42,3	43,2	85,4
	2010	41,4	42,3	83,7	42,6	43,3	85,9

¹⁾ Ohne Einbürgerungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzung des DIW.

lich unter demjenigen in Westdeutschland (21 vH); im Jahr 2000 wird er aber mit 23,5 vH den westdeutschen Wert etwas übertroffen haben; für 2010 ergibt sich nahezu Gleichstand (Szenario I).

Anders als in Ostdeutschland nimmt in Westdeutschland — auch aufgrund der Zuwanderungen — die Zahl der unter 20jährigen zu. Der Zuwachs wird bereits in den näch-

sten 10 Jahren erreicht, die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist aber auch im Jahr 2010 noch um 0,7 Mill. höher als 1991. Besonders betroffen ist auch hier wieder der Schulbereich. Im Grundschulbereich (6- bis unter 10jährige) ist im Laufe des Vorausberechnungszeitraumes mit starken Schwankungen der Schülerzahlen zu rechnen: sie nehmen zunächst um 0,6 Mill. bzw. rund ein Viertel zu,

Tabelle 9

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Altersgruppen

Altersgruppen	Szenario I									Szenario II					
	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland			Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	1991	2000	2010	1991	2000	2010	1991	2000	2010	2000	2010	2000	2010	2000	2010
	Mill. Personen														
0 bis unter 3	2,2	2,1	1,7	0,5	0,3	0,4	2,7	2,5	2,1	2,2	1,8	0,3	0,4	2,5	2,2
Elementarbereich 3 bis unter 6	2,1	2,3	1,8	0,6	0,3	0,4	2,7	2,6	2,2	2,4	1,9	0,3	0,4	2,7	2,3
Primärbereich 6 bis unter 10	2,6	3,2	2,6	0,9	0,4	0,5	3,5	3,5	3,1	3,2	2,8	0,4	0,5	3,6	3,2
Sekundarbereich I 10 bis unter 16	3,8	4,3	4,7	1,3	1,2	0,7	5,1	5,5	5,3	4,5	4,8	1,2	0,6	5,6	5,5
Sekundarbereich II 16 bis unter 19	2,0	2,1	2,5	0,5	0,7	0,3	2,4	2,8	2,8	2,2	2,6	0,6	0,3	2,8	2,8
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	7,0	4,9	5,5	1,4	1,5	1,3	8,4	6,4	6,8	5,1	5,7	1,4	1,3	6,5	7,0
unter 20	13,4	14,8	14,1	3,9	3,1	2,4	17,3	17,9	16,4	15,2	14,7	3,0	2,3	18,2	16,9
20 bis unter 60	37,7	37,7	37,2	8,9	8,5	8,8	46,6	46,3	45,9	38,8	38,8	8,4	8,5	47,1	47,3
60 und älter	13,4	15,7	17,5	3,0	3,5	3,8	16,4	19,3	21,3	15,9	17,8	3,5	3,8	19,4	21,6
80 und älter	2,5	2,3	3,2	0,6	0,4	0,6	3,1	2,7	3,8	2,3	3,3	0,4	0,6	2,8	3,9
Insgesamt	64,5	68,3	68,8	15,8	15,2	15,0	80,3	83,4	83,7	69,8	71,3	14,9	14,6	84,8	85,9
	Struktur in vH														
0 bis unter 3	3,4	3,1	2,5	3,0	2,3	2,7	3,3	3,0	2,5	3,2	2,5	2,2	2,7	3,0	2,6
Elementarbereich 3 bis unter 6	3,3	3,4	2,6	4,0	2,0	2,6	3,4	3,2	2,6	3,4	2,6	2,0	2,6	3,2	2,6
Primärbereich 6 bis unter 10	4,0	4,6	3,8	5,5	2,5	3,3	4,3	4,2	3,7	4,6	3,9	2,5	3,2	4,2	3,8
Sekundarbereich I 10 bis unter 16	5,9	6,4	6,8	8,0	7,8	4,4	6,3	6,6	6,4	6,4	6,8	7,8	4,3	6,6	6,4
Sekundarbereich II 16 bis unter 19	3,0	3,1	3,6	3,1	4,3	1,9	3,0	3,3	3,3	3,1	3,6	4,3	1,9	3,3	3,3
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	10,8	7,2	7,9	9,1	9,6	8,9	10,5	7,6	8,1	7,3	7,9	9,6	8,8	7,7	8,1
unter 20	20,8	21,7	20,5	24,6	20,4	15,8	21,5	21,4	19,6	21,7	20,6	20,3	15,5	21,5	19,7
20 bis unter 60	58,5	55,3	54,1	56,2	56,2	58,6	58,0	55,5	54,9	55,5	54,4	56,0	58,5	55,6	55,1
60 und älter	20,7	23,0	25,4	19,2	23,4	25,6	20,4	23,1	25,5	22,8	25,0	23,7	26,0	22,9	25,2
80 und älter	3,9	3,4	4,7	3,5	2,7	4,2	3,8	3,3	4,6	3,4	4,6	2,8	4,3	3,2	4,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzung des DIW.

sinken aber nach der Jahrtausendwende wieder auf das 1991er Niveau ab. Die Sekundarbereiche I und II können im gesamten Zeitraum mit steigenden Schülerzahlen rechnen. Die Zahl der 10- bis unter 16jährigen nimmt bis zum Jahr 2010 um 0,9 Mill., die der 16- bis unter 19jährigen um 0,5 Mill. zu.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich in Westdeutschland bis zum Jahr 2010 im Szenario I um 0,5 Mill. bzw. gut 1 vH verringern. Der Rückgang setzt jedoch erst im nächsten Jahrzehnt ein. Dies ist bei den stärkeren Zuwanderungen im Szenario II anders. Einmal ist die Zahl der 20- bis unter 60jährigen um gut 1 Mill. höher, zum anderen ist hier bis zum Jahr 2010 mit keiner Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen zu rechnen.

Die Bevölkerungsvorausschätzung des DIW vom Frühjahr 1990 ergab, daß sich die Zahl der Erwerbsfähigen in Westdeutschland nach dem Jahr 2000 merklich verringern wird¹⁰. Die hohen Zuwanderungen in den letzten Jahren, aber auch die nun für die Zukunft unterstellten höheren Zuwanderungen schwächen diesen Trend ab. Der Rückgang beträgt nur noch eine halbe Mill. (im Jahr 2010). Allerdings liefert die Zahl der Erwerbsfähigen lediglich grobe Anhaltspunkte über die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen. Neben der demographischen Entwicklung sind in diesem Zusammenhang die ständig steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, aber auch Zugangsschranken zum Arbeitsmarkt von Bedeutung. So haben beispielsweise neu eingereiste Aussiedler erhebliche Sprachprobleme. Häufig ist der Besuch von Sprachkursen und Umschulungskursen notwendig. Erst danach stellt sich die Frage nach einer aktiven Arbeitsplatzsuche. Es werden sich somit auch bei einer gegen-

über 1991 fast unveränderten Zahl Erwerbsfähiger im Jahr 2000 Strukturverschiebungen im Arbeitskräfteangebot ergeben.

In Westdeutschland wird die Zahl der 60 Jahre alten und älteren Personen deutlich, von 13,4 Mill. (1991) auf 17,5 Mill. (2010), zunehmen. Damit wird jeder vierte Einwohner in Westdeutschland und (bei einer entsprechenden Quote in Ostdeutschland) in Gesamtdeutschland dieser Altersgruppe angehören. Die Zahl der häufiger Pflegebedürftigen — hier mit der Altersgruppe der 80jährigen und älteren Personen abgegrenzt — wird im Jahr 2010 um 0,7 Mill. höher sein als 1991. Damit entfallen fast 5 vH der Bevölkerung auf diese Altersgruppe, 1991 waren es knapp 4 vH.

Ausblick auf 2040

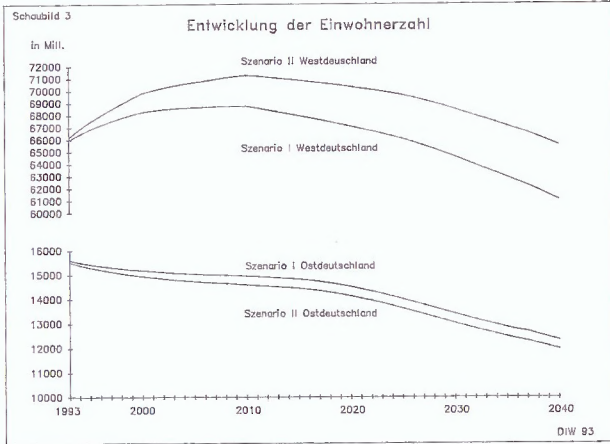
Um zumindest überschlägig zu Vorstellungen darüber zu gelangen, wie sich die Einwohnerzahl Deutschlands nach dem Jahr 2010 längerfristig bei einem weiterhin positiven Außenwanderungssaldo entwickeln würde, sind auch Modellrechnungen bis zum Jahr 2040 durchgeführt worden. Dazu wurden die im Jahr 2010 erreichten Werte der Geburtenhäufigkeit und der Sterblichkeit für den weiteren Vorausberechnungszeitraum konstant gelassen. Im Szenario I wurden nur noch geringe Netto-Zuwanderungen von Deutschen (in den Jahren 2011 bis 2040 jährlich um 10 000) und per Saldo jährlich 100 000 Zuzüge von Ausländern unterstellt. Im Szenario II wurden die Netto-Zuzüge

¹⁰ Vgl. Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 100.

Tabelle 10

Entwicklung der Einwohnerzahl bis 2040

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	2020	2040	2020	2040	2020	2040
Szenario I						
Bevölkerung in Mill.	67,1	61,1	14,5	12,3	81,6	73,4
Struktur in vH:						
0 bis unter 20	18,3	18,7	17,7	14,7	18,2	18,0
20 bis unter 60	53,4	48,4	51,9	48,1	53,1	48,4
60 und älter	28,3	32,9	30,4	37,2	28,7	33,6
Szenario II						
Bevölkerung in Mill.	70,3	65,6	14,1	12,0	84,4	77,5
Struktur in vH:						
0 bis unter 20	18,4	18,7	17,6	14,7	18,3	18,1
20 bis unter 60	53,7	48,8	51,7	48,2	53,4	48,7
60 und älter	27,9	32,5	30,7	37,1	28,3	33,2
<i>Quelle: Vorausschätzung des DIW.</i>						



von Deutschen doppelt so hoch, diejenigen der Ausländer um 50 vH höher angesetzt als im Szenario I.

Unter diesen Annahmen nimmt die Einwohnerzahl Deutschlands nach dem Jahr 2010 in beiden Szenarien ab. Im Szenario I werden im Jahr 2020 ungefähr genauso viele Personen in Deutschland leben wie gegenwärtig. In den Jahren danach wird die Einwohnerzahl rascher sinken und im Jahr 2040 noch gut 73 Mill. betragen (Schaubild 3). Auch bei den höheren Zuwanderungen im Szenario II ist langfristig ein starker Bevölkerungsrückgang zu beobachten: Im Jahr 2020 wird die Einwohnerzahl in Deutschland zwar noch bei gut 84 Mill. liegen, 20 Jahre später ist sie jedoch

auch in diesem Szenario wieder unter die 80 Mill.-Grenze gesunken (Tabelle 10).

Obwohl vornehmlich jüngere Personen nach Deutschland einwandern werden, können die Wanderungen die Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung lediglich abschwächen, nicht jedoch aufhalten¹¹. Der Anteil der 60 Jahre alten und älteren Personen wird bis 2040 in Ostdeutschland von 19 vH (1991) auf gut 37 vH und in Westdeutschland von knapp 21 vH (1991) auf rund 33 vH steigen.

Der häufig als Indikator für die Belastung der aktiven Bevölkerung mit Abgaben für die nicht-aktive Bevölkerung verwendete Altenquotient (Zahl der 60 Jahre alten und älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60jährigen) wird in Deutschland von 35 vH im Jahre 1991 über 46 vH im Jahr 2010 auf fast 70 vH im Jahre 2040 steigen. Er wird sich also auch bei den hier unterstellten höheren Zuwanderungen in den nächsten 50 Jahren verdoppeln, aber deutlich unter den früher berechneten Werten liegen¹².

¹¹ Vgl. auch Reiner Dinkel und Uwe Lebok: Könnten durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehalten oder abgemildert werden? In: Deutsche Rentenversicherung, Nr. 6, 1993, S. 388 ff.

¹² Vgl. auch Erika Schulz: Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/3, 1990, S. 182 f.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Küter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. Bearbeitet von Erika Schulz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304